



JUNI
2021



Die Freie Demokratische Partei (FDP)

Wieder liberales Korrektiv nach der Bundestagswahl 2021?

Studienkomitee für
deutsch-französische
Beziehungen
(Cerfa)

Uwe JUN

Das Französische Institut für Internationale Beziehungen (Ifri) ist in Frankreich das wichtigste unabhängige Forschungszentrum, das über zentrale internationale Fragen informiert und einen Diskussionsrahmen bietet. Von Thierry de Montbrial im Jahr 1979 gegründet, ist das IFRI als gemeinnütziger Verein anerkannt (Gesetz des Jahres 1901). Es ordnet sich keiner Amtsvormundschaft unter, legt nach eigenem Ermessen seine Aktivitäten fest und publiziert regelmäßig seine Berichte.

Durch interdisziplinär angelegte Studien und Debatten bringt das Ifri Entscheidungsträger und Experten auf internationaler Ebene zusammen.

Die Tätigkeiten des *Studienkomitees für deutsch-französische Beziehungen, Cerfa* (Forschung und Veröffentlichungen) werden vom Referat Frankreich des Auswärtigen Amtes und vom Planungsstab des Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères gefördert.



Die Verantwortung für die im weiteren Text geäußerten Standpunkte tragen der Autor.

ISBN: 979-10-373-0369-1

© Alle Rechte vorbehalten, Ifri, 2021

Bild: © Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner beantwortet Fragen vor der Fraktionssitzung in Berlin, 15 September 2020. Photocosmos1 /Shutterstock.com

Diese Veröffentlichung zitieren:

Uwe Jun, „Die Freie Demokratische Partei (FDP): Wieder liberales Korrektiv nach der Bundestagswahl 2021?“, *Notes du Cerfa*, Nr. 162, Ifri, Juni 2021

Ifri

27 rue de la Procession 75740 Paris Cedex 15 – FRANCE

Tel. : +33 (0)1 40 61 60 00 – Fax : +33 (0)1 40 61 60 60

Email: accueil@ifri.org

Webseite: ifri.org

Notes du Cerfa

Die Reihe „Notes du Cerfa“ erscheint seit 2003 in regelmäßigen Abständen und analysiert die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in den Bereichen: Außen- und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Gesellschaftsthemen. Die „Notes du Cerfa“ bieten kurze wissenschaftliche Analysen mit einer klaren policy-Orientierung. Sie sind wie auch die „Visions franco-allemandes“ auf der [Internetseite des Cerfa](#) verfügbar, von der die Beiträge ebenfalls kostenlos heruntergeladen werden können.

Das Cerfa

Das „[Comité d'études des relations franco-allemandes](#)“, zu Deutsch: [Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen](#), wurde 1954 durch ein Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gegründet. Es wird paritätisch durch das Ministère de l'Europe et des Affaires étrangères und das Auswärtige Amt finanziert. Das Cerfa hat den Auftrag, Prinzipien, Bedingungen und Stand der deutsch-französischen Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und internationaler Ebene zu analysieren; Fragen und konkrete Probleme, die diese Beziehungen auf Regierungsebene stellen, zu definieren; Vorschläge und praktische Anregungen zu finden und vorzustellen, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu vertiefen und zu harmonisieren. Durch regelmäßige Veranstaltungen und Seminare mit hohen Beamten, Experten und Journalisten sowie durch Studien in Bereichen gemeinsamen Interesses wird diese Aufgabe verwirklicht.

Éric-André Martin ist Generalsekretär des Cerfa und gibt mit Paul Maurice und Marie Krpata, Research Fellows, und Prof. Dr. Hans Stark, Berater für die deutsch-französischen Beziehungen, die Publikationen des Cerfa heraus. Catherine Naiker ist Assistentin im Cerfa.

Über den Autoren

Prof. Dr. Uwe Jun lehrt seit 2005 im Fach Politikwissenschaft an der Universität Trier und hat dort die Professur: „Westliche Demokratien – Das politische System Deutschlands“ inne. Seit 2021 ist er Direktor des Trierer Instituts für Demokratie und Parteienforschung (TIDuP). Zugleich ist er Sprecher des Arbeitskreises Parteienforschung der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). Zuvor lehrte und forschte Jun an den Universitäten Göttingen, Harvard, Potsdam, Würzburg, FU Berlin und in Stockholm. Jun hat zahlreiche Publikationen zu Parteien vorgelegt; zuletzt sind erschienen: „Parteien nach der Bundestagswahl 2017. Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland“ (mit Oskar Niedermayer) und „Continuity and Change of Party Democracies in Europe“ (mit Sebastian Bukow), beide Wiesbaden 2020.

Zusammenfassung

Die FDP findet nach den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg im März 2021 wieder mehr Beachtung, hauptsächlich wegen ihrer traditionellen Rolle als Koalitionspartei. Denn eine Regierungsbildung mit Beteiligung der FDP nach der Bundestagswahl erscheint nicht mehr völlig unrealistisch. Der Beitrag zeigt auf, dass eine Koalition mit den Grünen, aber auch mit der SPD auf Bundesebene für die FDP alles andere als einfach wäre, da es erhebliche Differenzen in für die Parteien identitätsbildenden Politikbereichen wie Finanz-, Steuer-, Sozial- oder Klimapolitik gibt. Die FDP ist im Kern eine marktliberale Partei, ergänzt um moderne Positionsbestimmungen in zentralen Zukunftsfeldern wie Bildung und Digitalisierung.-Ihr Oppositionsverhalten während der zu Ende gehenden Legislaturperiode war entsprechend mehr durch kompetitives denn kooperatives Verhalten geprägt. Nach wie vor prägt ihr Vorsitzender Christian Lindner das Außenbild der Partei in erheblichem Maße. Das stellt die FDP vor die Herausforderung ihre gestärkte Kampagnenfähigkeit bei zurückgegangener Popularität Lindners im Bundestagswahlkampf anderweitig zu kanalisieren.

Abstract

After the regional elections in Rhineland-Palatinate and Baden-Württemberg in March 2021, the FDP is attracting more attention again, mainly because of its traditional role as a coalition party. The formation of a government with the participation of the FDP after the federal election no longer seems completely unrealistic. The article shows that a coalition with the Greens, but also with the SPD at the federal level, would be anything but easy for the FDP, as there are considerable differences in policy areas such as finance, tax, social or climate policy that define the parties' identity. The FDP is essentially a market-liberal party, supplemented by policy modernization in central future fields such as education and digitization. Its opposition behavior during the legislative period that is coming to an end was accordingly characterized more by competitive than cooperative behavior. Its chairman Christian Lindner continues to shape the external image of the party to a considerable extent. This confronts the FDP with the challenge of channeling its strengthened campaign capability in the coming federal election campaign to other aspects because of Lindner's decline in popularity.

Inhaltsverzeichnis

DER (WIEDER-)AUFSTIEG DER FDP ALS KOALITIONSPARTEI?	7
DIE FDP IN DER ABLAUFENDEN LEGISLATURPERIODE (2017-2021): MEHR KOMPETITIVES ALS KOOPERATIVES OPPOSITIONSVERHALTEN	9
DIE FDP IM PARTEIENWETTBEWERB IN DEUTSCHLAND: WIRTSCHAFTSLIBERALISMUS ALS MARKENKERN	17
DIE FDP ALS KOALITIONSPARTEI: LIEBER AMPEL ODER EHER JAMAICA?	22
DIE FDP IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF 2021 ALS ERNEUERTE WIRTSCHAFTSLIBERALE KRAFT	27

Der (Wieder-)Aufstieg der FDP als Koalitionspartei?

Nach den Landtagswahlen am 14. März 2021 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz war die Freie Demokratische Partei (FDP) plötzlich wieder in aller Munde. Weniger wegen ihres guten Ergebnisses in Baden-Württemberg, dem liberalen Stammland, wo sie mit 10,5 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen ihr zweitbestes Ergebnis seit 1968 erzielte (nur im Jahr 2006 war sie mit 10,7 Prozent etwas stärker), sondern wegen ihrer über Jahrzehnte gepflegten Rolle als Koalitionspartei. In den fünf Jahrzehnten Jahren zwischen 1949 und 1998 regierte die FDP auf gesamtstaatlicher Ebene 43 Jahre lang als Koalitionspartner entweder mit CDU/CSU oder der SPD und beeinflusste somit das Regierungshandeln in Deutschland als Juniorpartner einer Koalitionsregierung.¹ Sowohl in Rheinland-Pfalz wie in Baden-Württemberg war rechnerisch nach den Landtagswahlen eine Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP möglich, was Phantasien beflügelte, dass auch nach der Bundestagswahl im September eine solche Regierungskonstellation entstehen könnte.² Zumal eine solche Koalition seit 2016 in Rheinland-Pfalz regiert, und der neue Generalsekretär der Bundes-FDP, Volker Wissing, fünf Jahre lang Wirtschaftsminister in diesem Bundesland, als Befürworter einer solchen Koalitionsformation gilt. Doch gilt dies auch für den Parteivorsitzenden Christian Lindner, der das öffentlichkeitswirksame Bild seiner Partei nach außen geprägt und die Partei nach innen verändert hat? Nachdem in der Zwischenzeit die Grünen in Baden-Württemberg sich für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU entschieden haben, hat auch die Strahlkraft einer möglichen Ampelkoalition als Modell für den Bund nachgelassen. Dennoch ist die FDP weiterhin Bestandteil von Überlegungen zur künftigen Koalitionsbildung auf Bundesebene. Im Vergleich zu ihrer Situation von vor acht Jahren kann sie allein dies als Erfolg verbuchen.

Relativ rasch hat sich die FDP nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 wiederaufgerichtet, Kampagnenfähigkeit zurückerlangt, Imagekorrekturen vorgenommen und sich vor allem sowohl programmatisch wie organisatorisch und personell verändert.

1. Näheres dazu in Abschnitt 4.

2. Vgl. D. Creutzburg/M. Schäfers: Springt die Ampel auf Grün?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. März 2021, S. 17; J. Leithäuser: FDP sieht Ampel im Bund skeptisch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. März 2021, S. 5.

Folge davon war eine erfolgreiche Rückkehr 2017 in den Bundestag. Macher des Parteiwandels und des Wahlerfolgs ist Christian Lindner³, der seiner Partei eine moderate Reformagenda verschrieben hat, ihr während des Veränderungsprozesses organisationspsychologisch Mut machte, als Spiritus Rector thematisch inspirierte und bei Personalentscheidungen Führung bot. Die Partei folgte ihm bereitwillig, wesentlich auch, weil er die innerparteilichen Aushandlungsmechanismen als ehemaliger Generalsekretär gut kannte und auf dem Reformweg beachtete.

Doch Lindners Stern glänzt nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen mit den Unionsparteien und den Grünen nach der Bundestagswahl 2017 nicht mehr so hell wie zuvor. Wo steht die FDP personell, programmatisch und koalitionsstrategisch kurz vor der Bundestagswahl 2021? Die Partei hat erkannt, dass Opposition keine dauerhafte Option ist und ihre Bereitschaft zur Regierungsteilnahme signalisiert. Wie realistisch ist eine solche Option? Der Beitrag skizziert die Ausgangsposition für den Bundestagswahlkampf, analysiert ihre programmatische Position im Parteienwettbewerb, adressiert ihre Rolle als Koalitionspartei und geht kurz auf ihre organisatorischen Veränderungen ein. Abschließend sollen Chancen und Risiken der FDP im Bundestagswahljahr 2021 kurz bewertet werden.

3. So auch D. Patton: The Free Democrats' second chance, in: German Politics 27, H. 1, 2018, S. 136-140, hier S. 138; K.-R. Korte/D. Michels/J. Schoofs u.a.: Parteiendemokratie in Bewegung. Organisations- und Entscheidungsmuster der deutschen Parteien im Vergleich, Baden-Baden: Nomos 2018, S. 86.

Die FDP in der ablaufenden Legislaturperiode (2017- 2021): Mehr kompetitives als kooperatives Oppositionsverhalten

Die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages eröffnete die FDP gleich mit zwei Paukenschlägen. Zunächst gelang ihr mit 10,7 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen der fulminante Wiedereinzug ins Parlament, anschließend ließ sie die Sondierungsgespräche mit den Unionsparteien und den Grünen über eine gemeinsame Regierungsbildung platzen.⁴ Bekannt wurde das Bonmot Lindners „lieber nicht zu regieren, als falsch zu regieren“. Die von ihm vorgetragenen inhaltlichen Differenzen hauptsächlich mit den Grünen, aber auch mit CDU/CSU haben wohl ebenso wie parteistrategische Erwägungen letztlich den Ausschlag gegeben, sich nicht an der Regierung zu beteiligen.⁵ Schon am Wahlabend zeigte sich Lindner pikiert über die zeitweilige Weigerung der SPD die Große Koalition mit CDU und CSU fortsetzen zu wollen. Letztlich sah der FDP-Parteichef die parlamentarische Existenzsicherung der Liberalen als grundlegend an und bessere Voraussetzungen dafür in der Rolle der Oppositionspartei. Die Befürchtung in den Reihen der FDP-Spitze war groß, dass durch vielerlei Regierungskompromisse mit CDU/CSU und Grünen eigene programmatische Positionen unkenntlich würden, was

4. Einzelheiten bei T. Montag: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017, in: K. Grabow/V. Neu (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland, St. Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2018, Heft 5, S. 40ff; S. Siefken: Regierungsbildung „wider Willen“ – der mühsame Weg zur Koalition nach der Bundestagswahl 2017, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49, H. 2, 2018, S. 407-436; T. Saalfeld/M. Bahr/J. Hohner u.a.: Koalitionsverhandlungen und Koalitionsvertrag, in: K.-R. Korte/J. Schoofs (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2017. Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer VS 2019, S. 513-531.

5. Einzelheiten bei S. Jakobs/U. Jun: Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in Deutschland 2017/18: Eine Analyse der Wahlprogramme, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 49, H. 2, 2018, S. 265-285; B. Höhne/U. Jun: Die Wiederauferstehung der FDP, in: K.-R. Korte/J. Schoofs (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2017, Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung, Wiesbaden: Springer VS 2019, S. 225-244; D. Hellmann: Der steinige Weg der FDP, in: R. Grünwald/S. Busch-Janser/M. Piepenschneider (Hrsg.): Politische Parteien in der modernen Demokratie, Berlin: LIT 2020, S. 390-411.

traumatische Erinnerungen an die Situation der Koalition mit der Union in den Jahren 2009 bis 2013 hervorrief⁶, als es der FDP nicht vollständig gelang von der Rolle der Oppositionspartei in die der Regierungspartei zu wechseln⁷ und sie an der Seite der Union wenig Durchsetzungskraft hatte.⁸

Nach den gescheiterten Sondierungsgesprächen wurde es ruhiger um die FDP, die im Bundestag zwar keine eindeutig stringente Oppositionsstrategie verfolgte und mal eher kooperative, mal eher kompetitive Aspekte in den Vordergrund rückte. Jedoch sind kompetitive Herangehensweisen bei ihrem Kernthema der Wirtschafts- und Finanzpolitik klar zu erkennen. Es geht der FDP besonders bei ihren Kernthemen darum, Kritik und Alternativen zur Politik der Bundesregierung zu formulieren denn Gemeinsamkeiten herauszustellen.⁹ In anderen Politikfeldern war Kooperation leichter herzustellen, wenngleich die FDP in der laufenden Legislaturperiode den oppositionellen Charakter ihres Handelns nur sehr selten vergaß und Wettbewerbsgesichtspunkte in ihrem parlamentarischen Handeln überwogen (damit entspricht die FDP gewohnten Mustern des Oppositionsverhaltens in Deutschland).¹⁰ Dies wird beispielsweise im Abstimmungsverhalten der ebenfalls von Christian Lindner geführten Bundestagsfraktion deutlich. Bei den 206 namentlichen Abstimmungen in der laufenden Legislaturperiode (Stichtag 25. März 2021) votierte die FDP immerhin 72-mal gegen die Pläne der Bundesregierung, insbesondere in den zum Markenkern der Partei gehörenden Feldern der Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik. Große Übereinstimmung mit den Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD gab es lediglich in der Außenpolitik, hier insbesondere bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, denen die FDP jeweils zustimmte. Anträge der anderen Oppositionsfraktionen unterstützte die FDP in ihrem Abstimmungsverhalten sehr selten, was darauf hindeutet, dass die FDP keinerlei direkte Kooperationsbeziehungen im Bundestag suchte. Mit ihrer zwischen Kooperation und Wettbewerb

6. Vgl. U. Jun: Der elektorale Verlierer der Regierung Merkel II: Gründe für den Absturz der FDP, in: R. Zohlnhöfer/T. Saalfeld (Hrsg.): Politik im Schatten der Krise. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2009-2013, Wiesbaden: Springer VS 2015, S. 113-135.

7. Vgl. H. Vorländer: Welche Koalition sichert das Überleben? Bündnisaussichten der FDP, in: F. Decker/E. Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos 2013, S. 389-405.

8. Vgl. E. Jesse: Schwarz-Gelb – Vergangenheit und Gegenwart – aber Zukunft?, in: F. Decker/E. Jesse (Hrsg.): Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013, Baden-Baden: Nomos 2013, S. 323-347.

9. Vgl. auch J. Leithäuser: Liberale Existenzfrage, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Januar 2021, S. 8.

10. Vgl. dazu L. Hohendorf/T. Saalfeld/U. Sieberer: Oppositional Strategies Between Cooperation and Conflict: An Analysis of Opposition Party Voting in the German Bundestag 1949-2013, in: S. Bukow/U. Jun (Hrsg.): Continuity and Change of Party Democracies in Europe, PVS Sonderheft 2020, S. 309-342.

stehenden Oppositionshaltung erfüllt die FDP in etwa die Erwartungen der Wähler an eine parlamentarische Opposition, die insgesamt weder eine eindeutige Konsensorientierung, noch eine nur Kritik in den Vordergrund stellende Haltung der Opposition im Parlament bevorzugen.¹¹ Wobei zwar FDP-Wähler eher Konsens herausstellen als Kritik, jedoch inhaltlich eher mit den von der FDP im Bundestag vertretenen Positionen übereinstimmen.

Das partiell ambivalente Vorgehen in der Oppositionsstrategie war letztlich nicht nur der Regierungskonstellation geschuldet, sondern auch dem Faktum mit der AfD eine rechtspopulistische Oppositionsfraktion neben sich zu sehen, die ausschließlich auf kompetitive Elemente setzt.¹² Es war der FDP stets daran gelegen, sich von der AfD klar abzugrenzen und daher auch eine konstruktive Oppositionsarbeit zu leisten. Die FDP möchte als bürgerliche und seriöse Stimme der Kritik an der Regierungspolitik wahrgenommen werden, was aber in Mediendemokratien impliziert, auch verbale Zuspitzungen und Pointierungen vorzunehmen. Das führte gelegentlich in der Kritik des Corona-Krisen-Managements der Bundesregierung zu partiellen Ähnlichkeiten der Argumentation, wengleich die FDP der Versuchung nationale oder radikale Töne anzuschlagen nicht erlag. Zugespitzt spricht Hellmann mit Blick auf die Abgrenzung der FDP zur AfD in der Kritik am Corona-Krisenmanagement von einem „gewagten Balanceakt“.¹³ Die klare Abgrenzung erfolgte stets durch eine grundsätzliche Bejahung von EU- und Euro-Mitgliedschaft, supranationaler Integration, Offenheit gegenüber Migration, Freihandel und Westbindung sowie die Hervorhebung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit. Nationalliberale und erst recht EU-kritische oder eindeutig populistische Anklänge wurden weitestgehend vermieden. Auch bei den Positionierungen der FDP in der Bekämpfung der Corona-Pandemie setzte die Partei auf ihre ökonomische Perspektive - es dominierte neben der Betonung rechtsstaatlicher Aspekte und damit der Ablehnung bzw. der Skepsis gegenüber staatlichem Dirigismus und der Einschränkung von Grundrechten der „wirtschaftsliberale Mainstream der Partei“.¹⁴ Die FDP erkannte in der Corona-Pandemie auch die Chance ihre rechtsstaatliche Facette mit der Betonung individueller Grundrechte

11. Vgl. T. Matthieß/S. Regel: Wollen wir uns streiten? Zur Legitimität von Konflikt und Kooperation im Parlament, in: S. Kneip/W. Merkel/B. Weßels (Hrsg.): Legitimitätsprobleme. Zur Lage der Demokratie in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS 2020, S. 99-123.

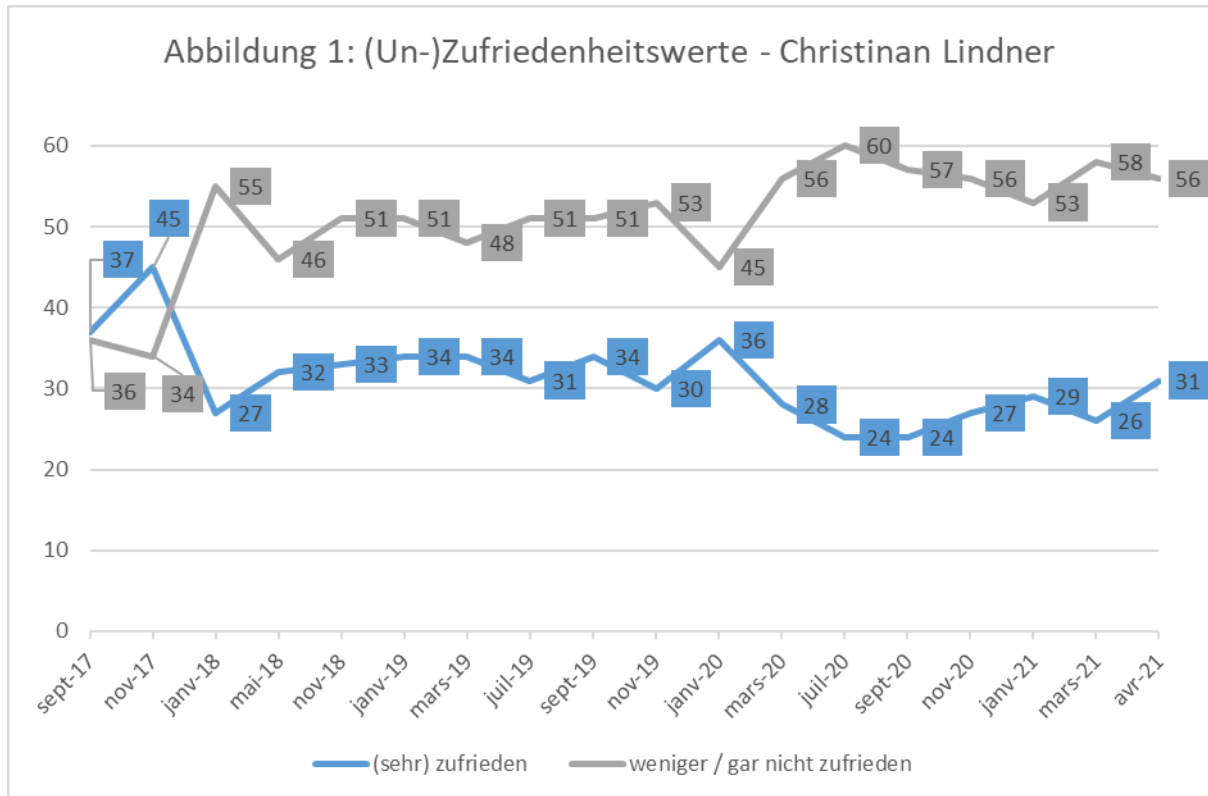
12. Vgl. dazu J. Schwanholz/M. Lewandowsky/C. Leonhardt u.a.: The Upsurge of Right-Wing Populism in Germany, in: I. Khmelko/R. Stapenhurst/M. L. Mezey (Hrsg.): Legislative Decline in the 21st century, A comparative Perspective, New York: Routledge 2020, S. 184-197.

13. Vgl. oben D. Hellmann 2020 (Anmerkung 4), S. 393.

14. D. Anan: Ist Opas FDP wirklich tot? Eine Analyse des FDP-Bundestagswahlprogramms 2017 im Lichte der strategischen Neuorientierung nach 2013, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 29, H. 1, 2019, S. 53-75, hier S. 72.

wieder mehr hervorzukehren. Sie wandte sich nachdrücklich gegen allzu restriktive oder rigide Freiheitsbeschränkungen und lehnte beispielsweise nächtliche Ausgangsbeschränkungen ab. Christian Lindner kündigte im Zuge der Neufassung des Bundesinfektionsschutzgesetzes an, gegen die dort verabschiedeten Bestimmungen zu generellen nächtlichen Ausgangsbeschränkungen bei Vorhandensein hoher Inzidenzwerte in den entsprechenden Kommunen juristisch vorzugehen und eine Klage beim Bundesverfassungsgericht einzureichen. Auch wandte sich die FDP stets gegen allzu restriktive Beschränkungen der Bevölkerung im Zuge der sogenannten „Lockdowns“ oder besser „Shutdowns“, welche die Mobilität und die individuelle Kontaktintensität der Bevölkerung deutlich einschränken sollten.

Das Vorgehen der Abgrenzung zur AfD wurde jedoch kurzfristig mehr als brüchig, als in Thüringen der seinerzeitige dortige FDP-Fraktions- und Landesvorsitzende Thomas Kemmerich sich im Zuge der Wahl zum Ministerpräsidenten nach der dortigen Landtagswahl im dritten Wahlgang im Februar 2020 mit den Stimmen der AfD (und der CDU) zum Regierungschef wählen ließ. Besonders pikant daran war, dass der AfD-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag Björn Höcke, Protagonist des radikalen „Flügels“ der Partei, als Drahtzieher dieses Coups ausgemacht wurde. Die Führung der Bundes-FDP zeigte zunächst unmittelbar nach der Wahl kein einheitliches Verhalten gegenüber der Wahl Kemmerichs; als jedoch die Empörung außerhalb Thüringens hohe Wellen schlug, begab sich Christian Lindner einen Tag später in die thüringische Landeshauptstadt Erfurt, um Thomas Kemmerich zum Rückzug aufzufordern. Lindner knüpfte daran auch sein eigenes Amt als Parteivorsitzender. Daraufhin kündigte Thomas Kemmerich in einer Erklärung gegenüber den Medien noch am selben Tag seinen Rücktritt an. Lindner wurde in einer eigens kurzfristig einberufenen Vorstandssitzung der Bundespartei das Vertrauen ausgesprochen.

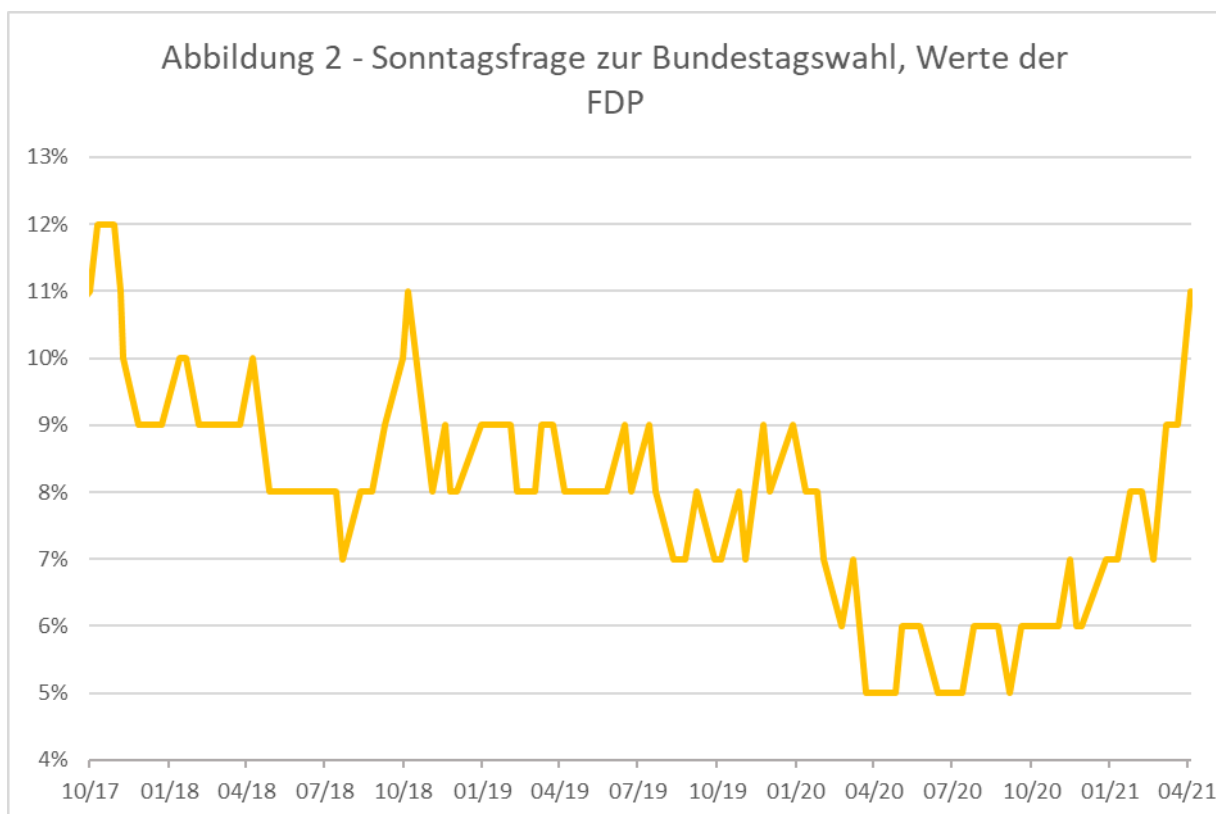


Quelle: Eigene Darstellung; Infratest Dimap.

Es war seit seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im Jahr 2013 wohl der kniffligste Moment für Christian Lindner, der eindeutig weiterhin das öffentliche Bild seiner Partei bestimmt. In der medialen Wahrnehmung erscheint die FDP nicht selten als eine Art „One-Man-Show“.¹⁵ Wobei Lindner auf der Vorderbühne das präsentiert, was er zumeist im Einvernehmen mit der übrigen Parteiführung auf der Hinterbühne aushandelt und sich daher der Zustimmung der Partei recht gewiss sein kann, zumal nicht wenige in der FDP den Hohen Anteil Lindners am parlamentarischen Comeback kennen und zu würdigen wissen. Sowohl seine persönlichen Popularitätswerte wie auch die der FDP erreichten nicht mehr die Höhen, welche die FDP unmittelbar vor der Bundestagswahl erzielen konnte. Die Art und Weise des Abgangs aus den Sondierungsgesprächen kostete Lindner Sympathie (siehe Abbildung), während die Partei auch aufgrund der nicht realisierten Regierungsbeteiligung an Zustimmung einbüßte, denn eine recht große Zahl potenzieller FDP-Wähler spricht sich für eine Regierungsbeteiligung

15. Vgl. oben D. Hellmann 2020 (Anmerkung 4), S. 401; T. Montag: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017, in: K. Grabow/V. Neu (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland, St. Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2018, Heft 5.

der Partei aus.¹⁶ Erst seit Beginn dieses Jahres steigen die FDP-Werte wieder deutlich an (siehe Abbildung 2), was primär auf Vertrauensverluste der Wählerschaft gegenüber dem Krisenmanagement der Bundesregierung in der Corona-Politik zurückzuführen ist, unter dem besonders die CDU als stärkste Regierungspartei zu leiden hat. Hausgemachte Probleme der Union (Affäre um Provisionszahlungen an Unionspolitiker bei der Beschaffung von FFP-2-Masken zur Eindämmung der Corona-Pandemie, der offen ausgetragene Streit zwischen dem CDU-Vorsitzenden Armin Laschet und seinem CSU-Pendant Markus Söder um die Kanzlerkandidatur der Union) traten hinzu, so dass die FDP in Umfragen enttäuschte Unions-Sympathisanten für sich gewinnen konnte. Während die FDP sich als einheitlicher Akteur, geführt von Christian Lindner, präsentierte, gaben CDU und CSU ein Bild der Zerrissenheit und Uneinigkeit ab, was die Wählerschaft mehrheitlich bestraft.¹⁷



Quelle: Eigene Darstellung; Infratest Dimap.

16. Vgl. oben D. Hellmann 2020 (Anmerkung 4), S. 404.

17. Siehe dazu allgemeiner R. Lehrer/N. Lin: Everything to everyone? Not when you are internally divided, in: Party Politics, 26, H. 6, 2020, S. 783-794.

Neben Lindner gelang es kaum einer anderen Person der FDP in jüngerer Vergangenheit größere Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen. Am ehesten öffentliche und mediale Präsenz zeigt der stellvertretende Parteivorsitzende und Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki. Nicht so recht öffentlich profilieren konnten sich die für das operative Geschäft auf der Parteiebene neben dem Parteivorsitzenden mitverantwortlichen Generalsekretäre. Ein Grund dafür mag sein, dass es im Laufe der Legislaturperiode zu einigen personellen Veränderungen auf dieser Position gekommen ist. Nicola Beer verabschiedete sich nach der Wahl des Europäischen Parlaments nach Brüssel, ihre Nachfolgerin Linda Teuteberg musste nach nur 17 Monaten Amtszeit ihren Posten zugunsten von Volker Wissing räumen, der als rheinland-pfälzischer Wirtschaftsminister nach Berlin zurückkehrte (von 2004 bis 2013 war er dort Bundestagsabgeordneter). Recht geräuschlos managt der Parlamentarische Geschäftsführer und Lindner-Vertraute Marco Buschmann neben Lindner als Fraktionsvorsitzendem die Bundestagsfraktion. Dass in der FDP trotz einer Ausweitung innerparteilicher Partizipationsformen und –instrumente¹⁸ noch immer die Parteiführung zu weiten Teilen den Ton angibt, lässt sich mit der Re-Professionalisierung des Parteiapparats nach 2017¹⁹, einer Zentralisierung der Parteiarbeit bzw. der Kampagnenfähigkeit und der Pfadabhängigkeit der Partei erklären. Schon immer spielten Führungsfiguren eine wichtige Rolle innerhalb der Strukturen der FDP: Sowohl Hans-Dietrich Genscher wie Klaus Kinkel, Guido Westerwelle oder Christian Lindner, sie alle präferier(t)en eine durchsetzungsfähige Parteiführung mit einer eher schlanken Partei mit vergleichsweise geringen Mitgliederzahlen (siehe Abbildung 3). Lindner lernte dies als Generalsekretär der Partei unter Westerwelle bereits frühzeitig kennen. Das Präsidium bzw. der Parteivorstand der FDP gelten als relativ machtvolle Entscheidungsgremien.²⁰ Dort sind übrigens Frauen ebenso deutlich unterrepräsentiert wie in der Bundestagsfraktion sowie in der Mitgliedschaft insgesamt mit einem Anteil von weniger als 25 Prozent.²¹ Um auch hier dem Anspruch der gesellschaftlichen Modernität gerecht zu werden, hat der Bundesvorstand beschlossen, Zielvereinbarungen zum Frauenanteil in Führungspositionen und Parlamenten in den Landesverbänden sowie Beauftragte für Diversität einzuführen. Lindners Streben gilt einem Image der Erneuerung als moderne,

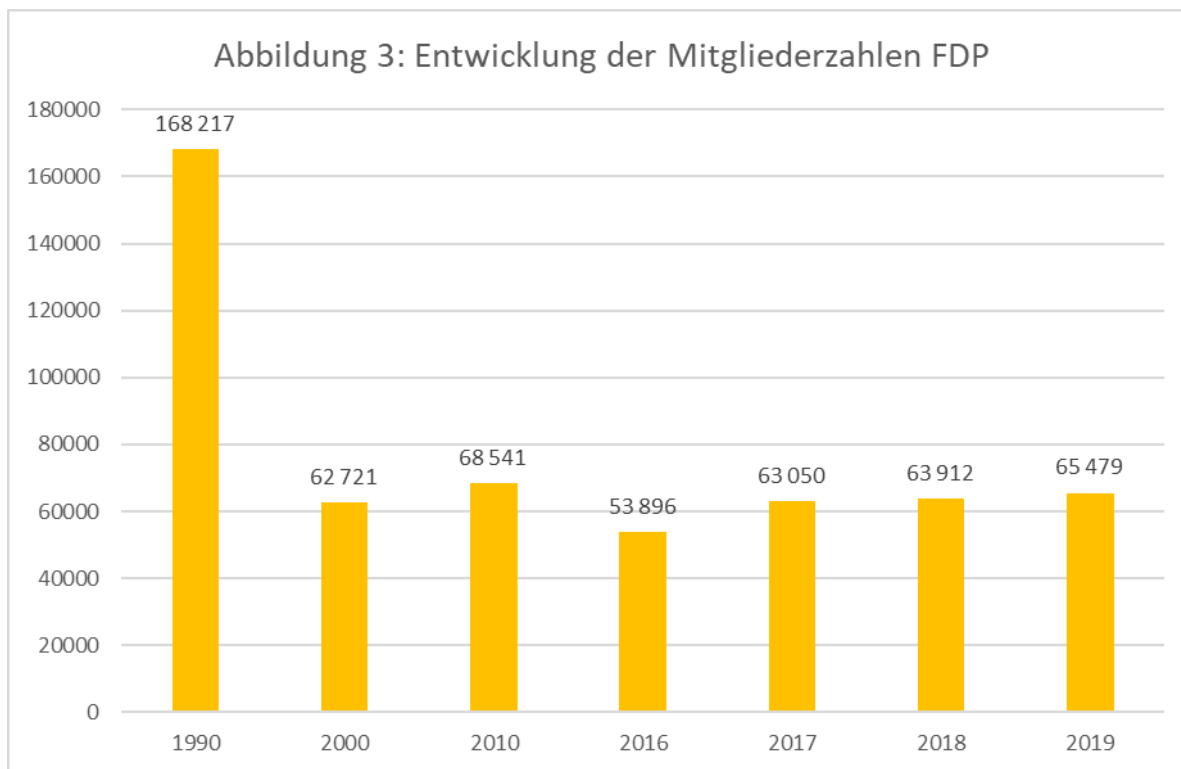
18. Einzelheiten bei B. Höhne/U. Jun: Die FDP zwischen Wahlerfolgen, Regierungsflucht und Stagnation, in: U. Jun/O. Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2017, Aktuelle Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS 2020, S. 133-157.

19. Vgl. oben D. Hellmann 2020 (Anmerkung 4), S. 393ff.

20. Vgl. Treibel 2012; vgl. oben K.-R. Korte/D. Michels/J. Schoofs u.a. 2018 (Anmerkung 2).

21. Vgl. oben B. Höhne/U. Jun 2020 (Anmerkung 17), S. 150.

partizipationsoffene Partei, bei der die Parteiführung aber gleichzeitig die Zügel soweit wie möglich in der Hand hält.²²



Quelle: Eigene Darstellung nach Niedermayer (2020).

22. Einzelheiten der Imagekorrektur der FDP bei T. Montag: Die Rückkehr. Die FDP vor und nach der Bundestagswahl 2017, in: K. Grabow/V. Neu (Hrsg.): Das Ende der Stabilität? Parteien und Parteiensystem in Deutschland, St. Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung 2018, Heft 5, S. 11ff.

Die FDP im Parteienwettbewerb in Deutschland: Wirtschaftsliberalismus als Markenkern

Das Modell der repräsentativen Parteiendemokratie in Deutschland basiert auf spezifischen Ideen sozialer und politischer Repräsentation.²³ Die politische Repräsentation wird über die Durchdringung sozialer Gruppen sowie die Rekrutierung von Mitgliedern bzw. Wählern durch politische Parteien realisiert. Politische Parteien fungieren in dieser Sichtweise zum einen in programmatischer Hinsicht, zum anderen auch im Repräsentationsmodus der Organisation als Vermittler politischer Interessen, Werte und Meinungen.²⁴ Von politischer Repräsentation abzugrenzen, aber sehr eng verbunden ist die soziale Repräsentation, die über die Verortung der vertretenen Politikentwürfe der einzelnen Parteien im Raum des politischen Wettbewerbs stattfindet und vor allem der Mobilisierung von Wählern dient.

Die unterschiedlichen Konflikte sind zu Konfliktdimensionen verdichtet worden, von denen die sozio-ökonomische (Marktliberalismus vs. Staatsinterventionismus) und die sozio-kulturelle (autoritäre vs. libertäre bzw. linksliberale Werte) hervorzuheben sind.²⁵ Politische Parteien repräsentieren demnach die Interessen unterschiedlicher sozialer Milieus oder Gruppen und müssen spezifische Politikangebote in den verschiedenen Konfliktdimensionen anbieten, somit möglichst kohärente, voneinander unterscheidbare Programme erarbeiten. Die Institutionalisierung bzw. Struktur von Parteiensystemen wird also wesentlich mitbestimmt durch die Art und Weise der politischen

23. Vgl. hierzu schon U. Jun: Interessen- und Politikvermittlung in der Demokratie: Zur Rolle von politischen Parteien und anderen intermediären Organisationen, in: A. Kost/P. Massing/M. Reiser (Hrsg.): Handbuch Demokratie, Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag 2020, S. 175-191.

24. Vgl. T. Poguntke: Parteiorganisation im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich, Opladen: Westdeutscher Verlag 2000.

25. H. Kitschelt: The transformation of European Social Democracy, Cambridge: Cambridge University Press 1994; H. Kriesi/E. Grande/R. Lachat u.a.: West European Politics in the Age of Globalization, Cambridge: Cambridge University Press 2012; S. Bukow/U. Jun: Party Democracies in Europe under Threat?, in: S. Bukow/U. Jun (Hrsg.): Continuity and Change of Party Democracies in Europe, PVS Sonderheft 2020, S. 1-27.

Interessenvertretung durch Parteien, deren Konfiguration und Ausprägung.

Parteienwettbewerb meint in diesem Kontext die Konkurrenz der einzelnen Parteien untereinander um Wählerstimmen, Parlamentsmandate und Regierungsämter, letztlich um Machtpositionen in einem politischen System.²⁶ Die programmatisch-ideologische Positionierung der einzelnen Parteien ist die inhaltliche Seite des Parteienwettbewerbs (Polarisierung). In der sozio-ökonomischen Wettbewerbsdimension positionieren sich die Parteien entlang des Kontinuums zwischen Marktliberalismus und Staatsinterventionismus, hauptsächlich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, zunehmend aber auch bei Fragen der Umwelt- oder Familienpolitik. In der kulturellen Konflikt- oder auch Wettbewerbsdimension stehen sich libertäre Werte - wie Toleranz, Selbstentfaltung, kollektive Freiheitsrechte, Emanzipation, Pazifismus, kulturelle und politische Inklusion - und autoritäre Wertstellungen wie der Vorrang innerer und äußerer Sicherheit, kultureller Mehrheitsidentitäten oder restriktiver Kriminalitätsbekämpfung sowie die Akzeptanz konservativer und religiöser Moralvorstellungen gegenüber.

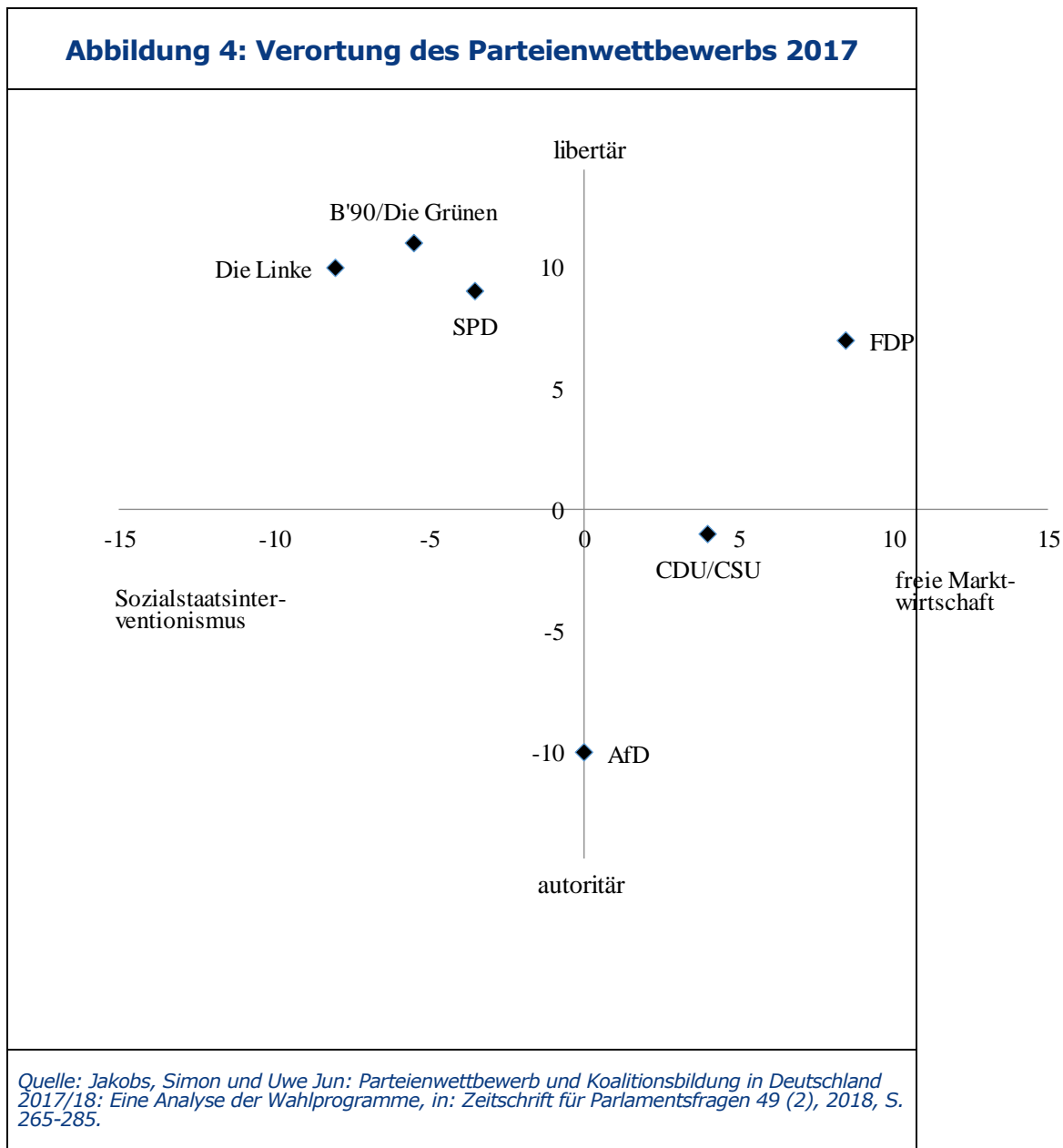
Die sozio-kulturelle Konfliktdimension umfasst auch die von Kriesi et al.²⁷ so benannte Konfliktlinie zwischen Integration und Demarkation, welche besagt, dass es im Zuge der Globalisierung auf der einen Seite die Befürworter von stärkerer Internationalisierung gibt, welche auch von der Entwicklung profitiert haben („Globalisierungsgewinner“) und diejenigen, welche sehr skeptisch diesem Prozess gegenüberstehen und eine nationale Abgrenzungspolitik befürworten.²⁸ Offenheit gegenüber andersartigen Kulturen und Religionen sowie Toleranz zählen zu den libertären Werten, während nationale Abschließung im Sinne des Vorrangs nationaler Kultur dem autoritären Pol zugerechnet werden soll.

26. Siehe zum Verhältnis von Parteienwettbewerb und Parteiendemokratie ausführlicher S. T. Franzmann: Opposition und Staat. Zur Grundlegung der Parteiendemokratie, in: S. Bukow/U. Jun/O. Niedermayer (Hrsg.): Parteien in Staat und Gesellschaft, Zum Verhältnis von Parteienstaat und Parteiendemokratie, Wiesbaden: Springer VS 2016, S. 51-83.

27. Vgl. oben H. Kriesi/E. Grande/R. Lachat u.a. 2012 (Anmerkung 24).

28. Siehe einen ähnlichen Vorschlag von W. Merkel: Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie, in: P. Harfst/I. Kubbe/T. Poguntke (Hrsg.): Parties, Governments and Elites, The Comparative Study of Democracy, Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 9-23 oder von P. Norris/R. Inglehart: Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism, Cambridge: Cambridge University Press 2019.

Abbildung 4: Verortung des Parteienwettbewerbs 2017



Die FDP kann im Parteienwettbewerb insofern als Polpartei charakterisiert werden, weil sie unter allen relevanten Parteien am eindeutigsten ein wirtschaftsliberales Profil aufweist und besetzt²⁹. Trotz einer gewissen Mäßigung im ökonomischen Bereich seit der Amtsübernahme des Parteivorsitzes durch Christian Lindner erscheint die

29. Vgl. oben D. Anan 2019 (Anmerkung 13), S. 60; vgl. oben S. Jakobs/U. Jun 2018 (Anmerkung 4); S. T. Franzmann: Extra Parliamentary Opposition within a Transforming Political Space: The AfD and FDP under Merkel III between 2013 and 2017, in: German Politics, 28, H. 3, 2019, S. 332-349, hier S. 339.

FDP im Jahr 2021 weiter als eher marktliberale Partei³⁰, welche staatsinterventionistischen Ansätzen nach wie vor skeptisch gegenübersteht (vgl. Abbildung 4). Steuerliche Entlastung (insbesondere mittlerer und niedriger Einkommen), Bürokratieabbau und die Einführung einer aktienbasierten Kapitalfinanzierung der Rente (neben der umlagefinanzierten) sind entsprechende Forderungen der FDP in ersten Entwürfen des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2021³¹. Auch an der Schuldenbremse möchte die FDP festhalten. Diese Forderungen gehen konform mit der Zusammensetzung eines Großteils ihrer Wählerschaft: Selbstständige, Personen mit einem eindeutig überdurchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommen, ökonomisch definierte Leistungsträger sind Kernwähler der Liberalen. In Milieustrukturen ausgedrückt bedeutet dies: „Liberal-Intellektuelle, Performer³² und Konservativ-Etablierte“³³, oder auch „optimistisch-fortschrittsorientierte Wähler“³⁴, die einen Teil ihres Fortschrittsoptimismus aus ihrer privilegierten ökonomischen und sozialen Position beziehen. Die jüngere, internetaffine Generation dieser gesellschaftlichen Gruppen umwirbt die FDP mit ihrer Betonung auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Deutschland, wofür ihrer Auffassung zufolge sogar ein eigenes Digitalministerium eingerichtet werden sollte. Dies soll dann einen schnellen Breitband- und 5G-Netzausbau forcieren, die Digitalität der Schulen, des Gesundheitssektors und der Verwaltung ausbauen und insgesamt die digitale Infrastruktur deutlich stärken. Auch auf europäischer Ebene fordert die FDP digitale Innovationen: „Die EU sollte eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung einnehmen. Dazu schlagen wir eine europäische Cloud und ein europäisches Satellitensystem vor“³⁵.

Entsprechend ihres liberalen Selbstbilds und ihrer ökonomischen Ausrichtung stellt die FDP die Werte der Leistungs- und Chancengerechtigkeit heraus. „Vorankommen durch eigene Leistung“, „Selbstbestimmt in allen Lebenslagen“, das heißt die Eigenverantwortung des Individuums stellt die FDP dem Streben anderer Parteien nach mehr und höheren Sozialstaatsleistungen bzw. -ausgaben entgegen. Mehr auf die Eigenverantwortung des Einzelnen setzte die FDP auch im Corona-Krisenmanagement den aus ihrer Sicht allzu rigiden Schutzmaßnahmen

30. Vgl. oben D. Anan 2019 (Anmerkung 13), S. 62; vgl. oben B. Höhne/U. Jun 2020 (Anmerkung 17); F. Butzlaff: Die FDP. Von der honorigen Bürgerpartei zur Partei der Besserverdiener, in: E. Wiesendahl (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 169-190.

31. Vgl. FDP: Zukunft braucht Verbündete. Impulse für das Wahlprogramm der Freien Demokraten, in: Fdp.de, 16. Dezember 2020, Verfügbar auf: www.fdp.de.

32. Als solche gelten eine effizienz-orientierte Leistungselite, die die Globalisierung positiv sieht mit eindeutiger Konsumneigung und hoher Technik- und IT-Affinität; sie streben nach gesellschaftlicher Etablierung.

33. Vgl. oben D. Hellmann 2020 (Anmerkung 4), S. 405.

34. Ebenda, S. 394.

35. Vgl. oben FDP 2020 (Anmerkung 30).

der Bundesregierung im Zuge von Shutdowns entgegen. Bewusst versuchte Christian Lindner einen eigenen Umgang der FDP mit dem Corona-Virus durchzusetzen, um sich von den Unionsparteien, den Grünen und der SPD, die primär auf staatliche Lenkungsmaßnahmen durch Verbote und Einschränkungen setzten, abzugrenzen. Die FDP war stets bestrebt dies wiederum in Abgrenzung zur AfD dies in den Kontext von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechte zu stellen.

Der auch im Wahlprogramm hervorgehobene wirtschaftsliberale Markenkern der Partei steht zumindest in der sozio-ökonomischen Wettbewerbsdimension einer Öffnung gegenüber potenziellen Wählern anderer Parteien, wie sie die beiden jüngeren Bundestagsabgeordneten Johannes Vogel und Konstantin Kuhle fordern, entgegen: „Es wäre fahrlässig und unprofessionell, wenn die FDP nicht auch bisherigen Sympathisanten von Union, SPD und Grünen gleichermaßen ein Angebot machen würde. Resonanzräume für liberale Stimmen gibt es dort zuhauf. Alle diese Teile des Elektorats als verlorene Zeitgeist-Jünger abzustempeln ist etwas für Leute, die ins politische Verliererdasein verliebt sind“³⁶.

36. Vgl. J. Vogel/K. Kuhle: Die Liberalen sind keine weinerlichen Underdogs, in: Die Welt, 4. Januar 2021, Verfügbar auf: www.welt.de.

Die FDP als Koalitionspartei: Lieber Ampel oder eher Jamaika?

Wesentlich für die Machtstrukturen der Bundesregierung ist die Form der Koalitionsregierung, das bedeutet, dass eine Regierungsbildung in Deutschland auf Bundesebene bis heute - mit einer Ausnahme im Jahr 1957 - nur möglich ist, wenn sich mindestens zwei Parteien zu einer Regierungskoalition zusammenschließen. Unter einer Regierungskoalition wird eine organisierte Kooperation von mindestens zwei miteinander im Wettbewerb stehenden Parteien verstanden, vorwiegend innerhalb, aber auch außerhalb des Parlaments mit den primären Zielen der gemeinsamen Regierungsbildung und -unterstützung sowie zur Durchsetzung von politischen Inhalten, deren zentrale Festlegungen in einem gemeinsamen Regierungsprogramm, dem sogenannten Koalitionsvertrag, vereinbart werden. Diese Kooperation auf Zeit – festgelegt für eine Legislaturperiode - kann jederzeit von den beteiligten Parteien aufgekündigt werden. Das Erfordernis der parlamentarischen Mehrheitsbildung ist in Deutschland ein zentrales Motiv der Koalitionsbildung, da laut Grundgesetz der Bundeskanzler in den ersten beiden Wahlgängen mit absoluter Mehrheit vom Bundestag gewählt werden muss. Die Koalitionsbildung erfolgt im Rahmen des Parteienwettbewerbs. Die Wettbewerbssituation im Parteiensystem in der Einschätzung der jeweiligen Parteien bestimmt wesentlich eine Koalitionsentscheidung. In einer strategischen Situation wie der Koalitionsbildung, die in erheblichem Maße durch Unsicherheiten gekennzeichnet ist, müssen die unmittelbaren Konsequenzen und mittel- bis langfristigen Folgen einer zwischenparteilichen Kooperation soweit wie möglich im Hinblick auf die eigene Wettbewerbssituation kalkuliert werden. Bisherige Koalitionserfahrungen fließen in die Entscheidung ebenso mit ein wie das erwartete Verhalten potenzieller Koalitionspartner und mögliche Auswirkungen einer Koalitionsbildung in der Wählerschaft. Hier werden die anderen Parteien zugeschriebene Koalitionsfähigkeit sowie die selbst vorhandene Koalitionsbereitschaft von Seiten einer politischen Partei berücksichtigt. In diesem Kontext haben die Parteien auch die Koalitionspräferenzen ihrer Wählerschaft zentral zu beachten, wollen sie diese nicht verprellen. Dies gilt insbesondere für kleinere Parteien, die auf Zweitstimmen oder Koalitionsstimmen in Folge des

sogenannten Stimmensplittings setzen, nachdem Wähler mit ihrer Zweitstimme Koalitionspräferenzen zum Ausdruck bringen.³⁷ Der Stimmenanteil ist im Parteienwettbewerb zentraler Ausgangspunkt für machtpolitische Durchsetzungsstrategien mit Blick auf öffentliche Ämter oder politische Inhalte.

In Regierungskoalitionen ist im Vergleich zum gesamten Parteiensystem eine Reduzierung des zwischenparteilichen Wettbewerbs grundlegende Voraussetzung für das Zustandekommen und den Bestand einer Regierung. Vorteilhaft für stabile Kooperationsmuster erweist sich eine programmatisch-inhaltliche Nähe der Koalitionsparteien in zentralen Politikbereichen. Sowohl für die Bildung als auch für die Stabilität hat es sich aber als günstig erwiesen, diejenige Partei in die Regierungskoalition zu integrieren, die im Parteienwettbewerb in den für die Regierungspolitik zentralen bzw. entscheidenden Politikfeldern und -dimensionen *die* zwischen allen Parteien im Wettbewerb vermittelnde Position einnehmen kann und somit die Kompromissfindung nach innen und außen stabilisiert. Diese jüngere Erkenntnis erweitert den Medianansatz der Koalitionsforschung, nach dem in Parlamenten diejenige Partei einen erheblichen strategischen Vorteil hat, die in einem Kontinuum der Präferenzen aller Parteien in einzelnen Politikfeldern den Medianabgeordneten oder -wähler stellt. Das bedeutet in jedem Fall, programmatisch-inhaltliche Erwägungen auf der Basis der Strukturen des Parteiensystems als einen weithin zu betrachtenden zentralen Faktor von Koalitionsbildungsprozessen mit einzubeziehen.

Die FDP konnte lange Zeit als typische Koalitionspartei gelten: Sie strebte nach Regierungsmacht und zumindest bis zum Aufkommen der Grünen Anfang der 1980er Jahre entschied das Koalitionsverhalten der FDP über die Zusammensetzung der Bundesregierung (FDP als „Zünglein an der Waage“). Zunächst regierte sie mit den Unionsparteien (bis 1966), anschließend mit den Sozialdemokraten (1969 bis 1982), um dann im Jahr 1982 mit ihrem Koalitionswechsel zu CDU/CSU eine 16jährige Regierungszeit unter der Führung des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl als Bundeskanzler einzuleiten. Die FDP erfüllte dabei die Funktionen des liberalen Korrektivs, des Mehrheitsbeschaffers und des Bewahrers von Kontinuität.³⁸ Eine erneute Regierungsbeteiligung an der Seite der

37. Das deutsche Wahlsystem ist ein Zwei-Stimmen-Verfahren: mit der Erststimme wird ein Wahlkreis kandidat gewählt, mit der Zweitstimme eine Parteiliste („personalisiertes Verhältniswahlrecht“). Entscheidend für die parteipolitische Zusammensetzung des Parlaments ist die Zweitstimme. Mit dem Splitting der Stimmen kann ein Wähler/eine Wählerin unter Umständen ihre Koalitionspräferenz zum Ausdruck bringen.

38. Vgl. dazu J. Dittberner: FDP- Partei der zweiten Wahl. Ein Beitrag zur Geschichte der liberalen Partei und ihrer Funktionen im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag 1987, S. 143ff.; H. Vorländer: Die FDP zwischen Erfolg und

Unionsparteien folgte in den Jahren 2009 bis 2013, die aber bei der FDP in unguter Erinnerung geblieben ist. Nicht nur, weil die Liberalen danach den Sprung in den Bundestag verpassten, sondern weil aus Sicht der FDP die seinerzeitige Bundeskanzlerin Merkel der FDP wenig Gestaltungsspielraum ließ und die gemeinsame Regierungszeit von recht häufigen Disharmonien geprägt war.³⁹ Die FDP konnte nur wenige von ihren vor der Bundestagswahl formulierten Zielen anschließend in der Regierungspolitik durchsetzen⁴⁰. Aus diesen Erfahrungen heraus leitete Christian Lindner eine höhere Eigenständigkeit der FDP als Maxime ab; keineswegs wollte die FDP sich in eine koalitionspolitische Abhängigkeit von der Union begeben. Andere koalitionspolitische Optionen sollten ernsthaft geprüft und wenn möglich realisiert werden. Dazu zählen derzeit auf Landesebene Kooperationen mit SPD und Grünen (in Rheinland-Pfalz) oder mit CDU und Grünen (in Schleswig-Holstein). Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen existiert die einzige schwarz-gelbe Koalition von CDU und FDP. Koalitionen zwischen FDP und Grünen, aber auch mit der SPD sind für die FDP auf Landesebene deutlich einfacher zu realisieren als auf Bundesebene, da zum einen auf Landesebene recht wenig entscheidende Kompetenzen liegen und zum anderen die für die jeweilige Parteiidentität entscheidenden Politikbereiche (Klima-, Energie- und Umweltpolitik auf Seiten der Grünen, Wirtschafts- und Finanzpolitik auf Seiten der FDP) auf Bundesebene zu regeln sind und hier die differenten Positionen aufeinanderprallen.

Je nach Wahlergebnis könnte die FDP nach der Bundestagswahl im Herbst vor die Wahl gestellt sein zwischen einer „Ampelkoalition mit SPD und Grünen und einem Neuanlauf zur Kooperation mit CDU/CSU und Grünen. Trotz ihrer programmatisch größeren Nähe zur Union vermeidet die FDP jede eindeutige Vorfestlegung, nicht zuletzt aufgrund der genannten negativen Erfahrungen mit den Jamaika-Sondierungen von 2017. Zudem gibt es bei Teilen der Partei die Einschätzung, dass Verhandlungen mit Grünen und SPD für die FDP vielleicht sogar einfacher zu führen wären: Mit der traditionell größeren Nähe von SPD und Grünen wäre dann von vornherein klar, dass diese der FDP in den Verhandlungen inhaltlich und personell erhebliche Zugeständnisse machen müssten, wenn es ein Bündnis geben soll. Eine zentrale Forderung der Liberalen, diejenige

Existenzgefährdung, in: H. Oberreuter/A. Mintzel (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München: Olzog Verlag 1990, S. 237-275.

39. Vgl. H. Vorländer: Das bundespolitische Ende der FDP? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategien, Wahlergebnis, in: E. Jesse/R. Sturm (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden: Nomos 2014, S. 277-293.

40. Vgl. R. Zohlhöfer: A coalition whose time already passed. The economic and social policies of the second Merkel government, in: G. d'Ottavio/T. Saalfeld (Hrsg.): Germany after the 2013 Elections. Breaking the Mould of Post-Unification Politics, Burlington: Ashgate 2015, S. 13-29.

nach der Besetzung des Finanzministeriums durch die FDP, wäre hier möglicherweise sogar leichter durchsetzbar, da die Union möglicherweise vehementer eigene Ansprüche auf dieses Ressort anmeldet. Gerade in dieser Konstellation der „Ampel“ könnte die FDP ihre angestammte Rolle als liberales Korrektiv einnehmen, das heißt mit (wirtschafts-)liberalen Positionen in der sozio-ökonomischen und nur gemäßigt libertären Positionen in der sozio-kulturellen Wettbewerbsdimension die Gesamtkoalition mehr ins politische Zentrum des Parteienwettbewerbs zu rücken und damit korrigierend auf die inhaltliche Richtungsbestimmung einer Koalition einwirken. Diese Strategieoption eines sich daraus ergebenden begrenzten Konflikts bietet einer kleinen Koalitionspartei die Möglichkeit bei ihr wichtigen politischen Themen die Korrektivfunktion wahrzunehmen, um so aus eigener Sicht extreme Forderungen der größeren Koalitionspartner in für ihre Wähler zentralen Politikfeldern als nicht akzeptabel abzuwehren und als eigenständige Koalitionspartei zu erscheinen. Aufgrund ihrer Position im Parteienwettbewerb in beiden Dimensionen böte gerade eine Koalition mit Grünen und SPD der FDP solcherlei Möglichkeiten an.

Dass Koalitionen mit den Grünen jedoch keine Liebeshochzeiten für die FDP sind, wird schon vom oberflächlichen Blick auf programmatische Unterschiede deutlich. Zudem trennen die Wählerschaften beider Parteien trotz ihrer mehrheitlichen Zugehörigkeit zu den neuen Mittelschichten⁴¹ zum Teil erhebliche Präferenzen in den Werteprioritäten und den Lebensstilen.⁴² Mit Blick auf jüngste programmatische Äußerungen beider Parteien fallen inhaltliche Differenzen sofort ins Auge. In der Finanz- und Wirtschaftspolitik ist das Trennende erheblich größer als Verbindendes. So dringt die FDP nach wie vor auf Steuerentlastungen und die Beibehaltung der Schuldenbremse, keine Lockerung dieser wie die Grünen es möchten, die sich zudem für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent (für Einkommen ab 100.000 Euro als Alleinstehender und 200.000 für Paare) bzw. 48 Prozent (für Einkommen oberhalb von 250.000 Euro bzw. 500.000 Euro) und die Einführung einer Vermögenssteuer aussprechen. Die FDP weist Vorstellungen der Grünen nach Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ebenso zurück wie die Ersetzung von „Hartz IV“ durch eine Garantiesicherung. In der Klimapolitik setzen die Freien Demokraten eher auf marktkonforme Anreize, während die Grünen mehr staatliche Interventionen favorisieren und das Ordnungsrecht entsprechend ändern

41. Zum Begriff vgl. A. Reckwitz: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. Berlin: edition suhrkamp 2019, S. 63ff.

42. Vgl. ebenda.

möchten:⁴³ „So weisen FDP und Grüne im ökonomischen Bereich konstant große Divergenzen auf“.⁴⁴

Die Differenzen zur SPD weisen in eine ähnliche Richtung: da die ökonomischen Positionen der FDP weiterhin eine marktliberale Orientierung aufweisen, sind programmatisch die Perspektiven für eine Ampelkoalition als andere als rosig⁴⁵. Eine entsprechende Vorbereitung eines solchen projektähnlichen Vorhabens ist derzeit nicht zu erkennen. Entsprechend bescheinigte der FDP-Vorsitzende Gedankenspielen einer Ampelkoalition einen „stark instrumentellen Charakter“⁴⁶ oder spricht von Spekulationen. Für die FDP ist es zudem schwerer eine solche Ampelkoalition unter Führung der Grünen zu akzeptieren als unter SPD-Führung, da die wechselseitigen Vorbehalte trotz einzelner Kooperationen in Bundesländern (Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz) größer sind.

Der FDP böte eine solche Konstellation immerhin die Möglichkeit, in Fragen der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik als liberales Korrektiv Einfluss zu nehmen und aus ihrer Sicht allzu dirigistische Vorstellungen des Staatseingriffs von Grünen und Sozialdemokraten zu verhindern. Sie könnte ihre Vorstellungen von individueller Freiheit und Selbstbestimmung als Kernziel gegen staatliche Verbote oder wohlfahrtsstaatliche Ausgabenprogramme in Stellung bringen und damit ähnliche Funktionen übernehmen wie in ihrer Parteigeschichte der 1950er bis 1990er Jahre. Vermutlich würde sie bei der Besetzung der Ministerposten auf das Finanzministerium pochen.

Inhaltlich läge es für die FDP eindeutig näher mit den Unionsparteien CDU und CSU zu koalieren; Unionskanzlerkandidat Armin Laschet verweist ja auch nach seiner Nominierung häufig auf die von ihm als Ministerpräsidenten geführte Koalition zwischen CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen als mögliches Vorbild für den Bund nach der Bundestagswahl hin. Äußerst fraglich ist jedoch die Mehrheitsfähigkeit dieser Konstellation. Ob die FDP darüber hinaus für eine mögliche „Jamaika-Koalition“ mit CDU/CSU und Grünen überhaupt gebraucht wird, steht derzeit in den Sternen. Dass Christian Lindner diese Option einer Ampel vorzieht, dürfte dagegen wahrscheinlich sein. Auf jeden Fall hat er signalisiert, dass entsprechende Sondierungsgespräche nicht ein zweites Mal an der FDP scheitern sollten.

43. Vgl. oben J. Leithäuser 2021 (Anmerkung 1).

44. D. Anan: Parteiprogramme im Wandel. Ein Vergleich von FDP und Grünen zwischen 1971 und 2013, Wiesbaden: Springer VS 2017, S. 361.

45. Ähnlich vgl. oben D. Anan 2019 (Anmerkung 13), S. 72.

46. Vgl. oben J. Leithäuser 2021 (Anmerkung 1).

Die FDP im Bundestagswahlkampf 2021 als erneuerte wirtschaftsliberale Kraft

Die FDP setzt auch im Bundestagswahlkampf 2021 auf ihren wirtschaftsliberalen Markenkern. Das hat die Partei bei der Vorstellung ihres Wahlprogramms, das unter dem Motto „Nie gab es mehr zu tun“ steht, Anfang April verdeutlicht. Klimaschutz und Bildung sind als weitere Schwerpunkte benannt worden, wobei die FDP sich von den Grünen distanziert und „die Anreizsystem des Marktes“ in Klimafragen hervorhebt.⁴⁷ Die Partei möchte durch Anpassung an den Zeitgeist (Klima), punktuelle progressive Positionen (Digitalisierung) sowie einige rechtsstaatliche Akzente weitere Wählerschichten hinzugewinnen, ohne in der Rhetorik traditionelle bürgerliche Gruppen zu vernachlässigen. Bürgerlich-liberale Gesellschaftsgruppen mit überdurchschnittlichem Haushaltsnettoeinkommen und hoher formaler Bildung als Kern, dazu unzufriedene Sympathisanten der Union und fortschrittsorientierte jüngere Wähler möchte die FDP wohl hauptsächlich ansprechen. Das entspricht etwa den Wählergruppen von 2017, wobei die FDP vor vier Jahren bei Männern erfolgreicher war als bei Frauen und bei Jungwählern einige Erfolge zu verzeichnen hatte.⁴⁸ Allen gesellschaftlichen Wandlungsprozessen zum Trotz bleibt die FDP überdurchschnittlich stark bei Selbstständigen, die leitenden Angestellten und bei den freien Berufen. Das Wahlprogramm der FDP für die Bundestagswahl macht entsprechende Angebote, die Gunst dieser Wählergruppen zu gewinnen, indem Bürokratieabbau („unkomplizierter Staat“), Steuererleichterungen und mehr Investitionen in Zukunftsbereiche wie Digitalisierung und Bildung („Innovationsprinzip bei politischen Entscheidungen“) versprochen werden.

47. Vgl. FAZ: Nicht ohne uns. FDP-Wahlprogramm: Modernisierung Deutschlands, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. April 2021, S. 4.

48. Siehe R. Hilmer/J. Gagné: Die Bundestagswahl 2017: Groko IV – ohne Alternative für Deutschland, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49, H. 2, 2018, S. 372-406, hier S. 390.

War der Wahlkampf 2017 sehr stark auf die Person Christian Lindner zugeschnitten, so gilt es für die Wahlkampfmanager der Partei den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen und weniger auf Personalisierung zu setzen. Die FDP könnte im Wahlkampf davon profitieren, dass sie zuletzt recht viel in ihre Kampagnenfähigkeit investiert hat. Erneut kooperiert sie eng mit der Berliner Kreativagentur „Heimat“, die auf ein moderneres, gleichzeitig auch einheitliches Erscheinungsbild gesetzt hatte. Die Freien Demokraten hatten bereits 2017 und bei einzelnen Landtagswahlen auf die Zusammenarbeit mit der auf Werbung spezialisierten Agentur gesetzt. Die im gleichen Jahr im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingesetzten Spots mit dem seinerzeitigen Spitzenkandidaten Christian Lindner im Mittelpunkt wurden von vielen Beobachtern als innovativ gewürdigt. Dieses Mal bedarf es erneut innovativer Ideen. Sollte die FDP zur Regierungsbildung gebraucht werden, steht sie dafür nach Angaben ihres Vorsitzenden zur Verfügung⁴⁹. Dass ihr eine Koalitionsbildung unter Führung der Grünen schwerer fallen dürfte als eine unter Führung der Union, steht wohl kaum in Frage. Zu beachten hat sie aber in jedem Fall, dass ihre potenziellen Wähler einer Regierungsbeteiligung positiv gegenüberstehen⁵⁰. Ein weiteres aktives Scheitern einer Sondierung sollte die FDP daher zu vermeiden suchen, um ihre parlamentarische Existenz zu stabilisieren.

49. Vgl. oben FAZ 2021 (Anmerkung 45).

50. Bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021 zog die FDP wieder in den Landtag ein. Die FDP könnte sich an der regionalen Koalition im Dreierformat beteiligen, was auf eine Schlüsselrolle bei der Bildung der Bundeskoalition nach der Bundestagswahl im September schließen lässt (Anm. d. Red.).

Letzte Veröffentlichungen des Cerfa

- ▀ T. Holzhauser, [Was ist links und für wen? Die Linke im Ringen um ihre Identität?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 161, Mai 2021
- ▀ P. Maurice, [Un pacifisme à géométrie variable. Les partis allemands et la participation de la Bundeswehr à des opérations extérieures](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 160, April 2021.
- ▀ F. Chr. Matthes, [Auswirkungen des Kohleausstieg für die Stromerzeugung in Deutschland: Best Practice Modell für Europa?](#), *Etudes de l'Ifri*, April 2021.
- ▀ M. Krpata, [L'automobile, talon d'Achille de l'industrie allemande ?](#), *Études de l'Ifri*, März 2021.
- ▀ U. Eith, [Baden-Württemberg unter grüner Führung – Bilanz zweier Regierungsperioden unter Winfried Kretschmann](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 159, März 2021.
- ▀ A. Lensing, [Bündnis 90/Die Grünen, neue Volkspartei oder „Bündnispartei“?](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 158, Januar 2021.
- ▀ C. Major, C. Mölling, [Strategische Autonomie“ Europas: Toxische Wortklauberei](#), *Editoriaux de l'Ifri*, 14. Dezember 2020.
- ▀ F. Decker, [Aufbruch in unsichere Zeiten. Die CDU am Ende der Ära Merkel](#), *Notes du Cerfa*, Nr. 157, Dezember 2020.



27 rue de la Procession 75740 Paris cedex 15 – France

Ifri.org